



# Wählen ab 16 in Österreich – ein Erfolgsmodell für ganz Europa?

Von Paul Schmidt und Johanna Edthofer  
Wien, 16. April 2018  
ISSN 2305-2635

## Handlungsempfehlungen

1. Die Lust der Jugendlichen an politischer Partizipation und an der Gestaltung eines Europas der Zukunft sollte stärker gefördert werden. Dabei geht es darum, ein ehrliches Bild der Europäischen Union zu vermitteln, mitsamt den Vorteilen und den aktuellen Problemlagen.
2. Eine Herabsetzung des Wahlalters auf 16 macht aus demokratiepolitischer Sicht Sinn, wenn sie von einer Strategie zur dauerhaften Einbindung der Jugendlichen in den politischen Prozess begleitet wird. Diese sollte jedenfalls politische Bildung an allen Schulen sowie außerschulische Informationsangebote beinhalten.
3. Wählen ab 16 sollte auch in anderen EU-Ländern angedacht werden. Österreich als Vorreiter könnte im Rahmen der bevorstehenden EU-Ratspräsidentschaft einen Dialog zu dieser Thematik anstoßen.

## Zusammenfassung

Österreich ist das einzige Land in der Europäischen Union (EU), in dem man auf allen politischen Ebenen ab 16 Jahren wählen darf. Mehr als zehn Jahre nach der Herabsetzung des Wahlalters ist es an der Zeit, eine erste Bilanz zu ziehen. Angesichts aktueller Desintegrationstendenzen stellt sich überdies die Frage, welche möglichen europapolitischen Auswirkungen eine frühe Einbindung von Jugendlichen in den politischen Prozess haben könnte. Obwohl das Ziel einer kontinuierlich hohen Wahlbeteiligung der Jungen in Österreich noch nicht erreicht ist, zeichnet sich im Hinblick auf das politische Interesse und die Wahlbeteiligung ein positiver Trend ab. Laut dem aktuellen „Flash Eurobarometer European Youth“ liegt Österreich gleichauf mit Italien an erster Stelle bei der

Wahlbeteiligung von jungen WählerInnen. Um diesen Trend weiter zu fördern wäre es notwendig, eine nachhaltige Strategie zur dauerhaften Einbindung von Jugendlichen in den politischen Prozess zu entwickeln. Sowohl österreichspezifische als auch EU-weit durchgeführte Umfragen kommen zu dem Schluss, dass die junge Generation pro-europäischer eingestellt ist als die ältere Generation. Gleichzeitig fühlen sich aber insbesondere die Jungen zu wenig über die EU und europäische Entwicklungen informiert. Mittels europapolitischer Bildung sollte dem fehlenden Wissen entgegengewirkt werden. So könnte der europäische Impetus der nächsten Generation letztlich eine auf Informiertheit basierende Debatte über die künftige Ausrichtung der europäischen Integration anstoßen.



## Wählen ab 16 in Österreich – ein Erfolgsmodell für ganz Europa?

Mit der Wahlrechtsreform 2007 wurde das Wahlalter in Österreich herabgesetzt. Jugendliche, die am Wahltag das 16. Lebensjahr vollendet haben, dürfen seither bei Nationalrats-, Gemeinderats-, Landtags- und BundespräsidentInnenwahlen sowie bei den Wahlen zum Europäischen Parlament ihre Stimme abgeben.<sup>1</sup> Mit dem niedrigeren Wahlalter nimmt Österreich in der EU eine Vorreiterrolle ein.<sup>2</sup>

Vor dem Hintergrund der mit 1. Juli 2018 startenden EU-Ratspräsidentschaft Österreichs sowie den Wahlen zum Europäischen Parlament am 26. Mai 2019 ist es an der Zeit, Bilanz zu ziehen: Welche empirischen Daten gibt es bis dato zur Beteiligung von Erst- und JungwählerInnen in Österreich? Welche demokratie- und europapolitischen Auswirkungen könnte die frühe politische Einbindung von Jugendlichen haben?

### Zehn Jahre wählen ab 16 in Österreich

Die Erwartungen im Vorfeld der Wahlrechtsreform waren groß. Durch das frühe Einbinden junger Menschen in den politischen Gestaltungsprozess erhoffte man sich eine Zunahme ihres politischen Interesses und Wissens. Auf lange Sicht solle sich das wiederum positiv auf die allgemeine Wahlbeteiligung sowie die Interessensvertretung von Jugendlichen

auswirken – beides Merkmale eines gut funktionierenden demokratischen Systems. Die KritikerInnen hingegen warnten davor, dass 16- bis 17-Jährige noch nicht reif genug seien, um politisch informierte Entscheidungen zu treffen.<sup>3</sup>

Laut Nachwahlbefragung gaben bei der Nationalratswahl 2008 – der ersten bundesweiten Wahl, an welcher 16-Jährige teilnehmen durften – insgesamt 88% der Jugendlichen an, dass sie tatsächlich teilgenommen hätten. Die Wahlbeteiligung der ErstwählerInnen lag damit im Bevölkerungsdurchschnitt.<sup>4</sup>

Gemäß der Austrian National Election Study (AUTNES)<sup>5</sup> gingen Österreichs ErstwählerInnen bei der Nationalratswahl 2013 hingegen bereits weitaus seltener zur Wahl als ältere WählerInnen. Die berichtete Wahlbeteiligung der 16- bis 17-Jährigen lag bei 63% und somit deutlich unter der allgemeinen berichteten Wahlbeteiligung von 80%. Auch das politische Interesse der ErstwählerInnen lag deutlich unter jenem der älteren WählerInnengruppen.<sup>6</sup> Im Vergleich zu den Nationalratswahlen 2008 brachte

1) Bundesministerium für Familien und Jugend, Wählen ab 16: <https://www.bmfi.gv.at/jugend/beteiligung-engagement/waehlen-mit-16.html> (22.11.2017)

2) Das maltesische Parlament beschloss Anfang März 2018 als zweites EU-Land die generelle Senkung des Wahlalters von 18 auf 16 Jahre. In Deutschland kann man bereits seit längerem in einigen Bundesländern bei Kommunal- bzw. Landtagswahlen mit 16 wählen. In Schottland dürfen Jugendliche ebenfalls ab 16 bei den Wahlen zum schottischen Parlament ihre Stimme abgeben. Dasselbe galt für die Teilnahme am Referendum über die Unabhängigkeit Schottlands vom Vereinigten Königreich. Siehe: Bauer, Werner T./OGPP (2017): Wahlsysteme in den Mitgliedstaaten der EU & Wählen ab 16 in Deutschland: <http://www.machs-ab-16.de/waehlen-ab-16/waehlen-ab-16-deutschland> (28.02.2018)

3) Kritzinger, Sylvia (2014): *Ready to Vote? Eine Betrachtung der jüngsten Wählerinnen und Wähler in Österreich*. ÖGfE Policy Brief 11'2014 sowie Karhofer, Ferdinand (2007): *Wählen mit 16: Erwartungen und Perspektiven*. In: Informationen zur Politischen Bildung Bd. 27, Innsbruck-Bozen-Wien.

4) Kozeluh, Ulrike/ Perlot, Flooh (ISA) & Schwarzer, Steve/ Zandonella, Martina/ Zeglovits, Eva (SORA) (2009): „Wählen mit 16“. *Eine Post Election Study zur Nationalratswahl 2008. Befragung-Fokusgruppen-Tiefeninterviews*. Wien

5) Im Rahmen der Austrian National Election Study analysiert ein Team von WissenschaftlerInnen des Instituts für Staatswissenschaften seit 2009 die österreichischen Nationalratswahlen. Ihr Fokus liegt dabei u.a. auf der Wahlbeteiligung von Jung- und ErstwählerInnen. Basierend auf Vor- und Nachwahlbefragungen wurde Datenmaterial zu Wahlverhalten und politischem Interesse dieser Altersgruppe bei der Nationalratswahl 2008, 2013 und 2017 erhoben und miteinander verglichen.

6) Kritzinger, Sylvia/ Zeglovits, Eva/ Oberluggauer, Patricia (2013): *Wählen mit 16 bei der Nationalratswahl 2013*. Wien



die zweite bundesweite Wahl in Österreich also keine euphorischen Ergebnisse mehr. Das politische Interesse und die Wahlbeteiligung der ErstwählerInnen waren gesunken.<sup>7</sup>

**„Zwischen 2013 und 2017 kam es wieder zu einem Zuwachs des politischen Interesses der österreichischen Jugend.“**

Zwischen 2013 und 2017 kam es allerdings wieder zu einem Zuwachs des politischen Interesses der österreichischen Jugend. Während sich 2013 nur etwa ein Viertel (25%) aller Erst- und JungwählerInnen als sehr oder ziemlich an Politik interessiert einschätzte, waren es vor den Nationalratswahlen 2017 mehr als die Hälfte (um die 60%).<sup>8</sup> Auch die Wahrscheinlichkeit einer Wahlteilnahme hatte sich erhöht. So gaben laut AUTNES-Vorwahlbefragung insgesamt 86,9% der 16- bis 17-Jährigen an, an der Wahl teilnehmen zu wollen.<sup>9</sup>

Ein Zusammenhang tritt dabei eindeutig zu Tage: Ob Jugendliche zur Wahl gehen wollen oder nicht, hängt sehr stark von ihrem politischen Interesse ab. Je höher das Interesse an Politik, desto größer die Wahrscheinlichkeit einer Wahlbeteiligung. In der Gruppe der sehr bzw. ziemlich an Politik interessierten Jugendlichen gaben fast 90 % an, dass sie an den Nationalratswahlen 2017 teilnehmen wollten.<sup>10</sup>

**Das Meinungsbild der österreichischen Jugendlichen zur Europäischen Union**

Im Zusammenhang mit der Wahlbeteiligung und dem politischen Interesse von jungen WählerInnen ist auch die Frage nach ihrer Einstellung zur EU von Bedeutung. Vor dem Hintergrund aktueller

Desintegrationstendenzen – etwa dem britischen EU-Austritt – wird die Debatte um die Neuaufstellung der Europäischen Union immer virulenter. Europas Jugend sollte stärker mitbestimmen dürfen, in welche Richtung sich die europäische Integration entwickelt. Denn hätten beim Referendum über die britische EU-Mitgliedschaft lediglich die unter 50-Jährigen abgestimmt, wäre Großbritannien auch in Zukunft noch Teil der Union.<sup>11</sup>

Die regelmäßigen Schulumfragen der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) geben Einblick in das Meinungsbild österreichischer Jugendlicher zur EU sowie zu aktuellen europäischen Entwicklungen.<sup>12</sup> Gemäß den daraus ersichtlichen Trends sehen die befragten Jugendlichen die EU-Mitgliedschaft Österreichs mehrheitlich durchaus positiv. 67% der Befragten betrachten sie als „gute Sache“, nur 7% sehen sie als „schlechte Sache“, 26% halten sie für „weder gut noch schlecht“. Je jünger die Jugendlichen, desto EU-freundlicher ihre Einstellung: 75% der Befragten bis 15 äußern sich positiv zur EU-Mitgliedschaft (5% „schlechte Sache“). Bei den 16 bis 18-Jährigen sind es 66% (7% „schlechte Sache“), bei jenen über 19 Jahre 57% (10% „schlechte Sache“).<sup>13</sup>

11) Siehe: <http://orf.at/stories/2346533/2346466/> & <http://www.sueddeutsche.de/politik/brexit-alt-ueberstimmt-jung-1.3049467> (31.01.2018). Gleichzeitig zeigt gerade auch das Brexit-Referendum, dass JungwählerInnen ihr Stimmrecht häufig nicht in Anspruch nehmen (siehe auch nähere Ausführungen weiter unten): <https://www.welt.de/politik/ausland/article156576085/Unfassbar-niedrige-Wahlbeteiligung-junger-Briten.html>.

12) Im Erhebungszeitraum September 2013 bis Juni 2017 wurden vier nicht-repräsentative Jugendumfragen mit einer Gesamtstichprobe von 10.767 SchülerInnen durchgeführt. Befragt wurden Jugendliche im Alter von 15 bis 19 Jahren. ÖGfE-Jugendumfrage 2014 (Erhebungszeitraum Sept. 2013-Mai 2014): n=4.278; ÖGfE-Jugendumfrage 2015 (Erhebungszeitraum Sept. 2014-April 2015): n=2.267; ÖGfE-Jugendumfrage 2016 (Erhebungszeitraum Sept. 2015-Juni 2016): n=1.712; ÖGfE-Jugendumfrage 2017 (Erhebungszeitraum Sept. 2016-Juni 2017): n=2.510

13) Die folgenden Prozentangaben wurden der aktuellsten ÖGfE-Jugendumfrage 2017 entnommen. Der von den Zahlen widerspiegelte Trend findet sich aber in allen vier ÖGfE-Jugendumfragen wieder.

7) Ebenda

8) Krytzinger, Sylvia/ Wagner, Markus/ Glavanovits, Josef (2017): *ErstwählerInnen bei der Nationalratswahl 2017*. Wien

9) Ebenda

10) Ebenda



Die österreichische Jugend identifiziert sich überdies stark mit der EU. Insgesamt 83% fühlen sich als EU-BürgerIn, auf 17% trifft dies nicht zu. Auch hier gilt: Je jünger die Befragten, umso größer die Identifikation mit Europa. So fühlen sich insgesamt 89% der Befragten bis 15 als EU-BürgerIn. Bei den 16-18-Jährigen sind es 82% und bei den über 19-Jährigen nur noch 76%.

**„Trotz ihrer durchaus pro-europäischen Einstellung ist das Interesse der Jugendlichen an heimischer Politik deutlich größer als an Entwicklungen auf europäischer Ebene.“**

Trotz ihrer durchaus pro-europäischen Einstellung ist das Interesse der Jugendlichen an heimischer Politik deutlich größer als an Entwicklungen auf europäischer Ebene. Insgesamt 80% geben an, am politischen Geschehen in Österreich interessiert zu sein. Das politische Geschehen in der EU weckt das Interesse von 57% der Befragten.

Für die Mehrheit der befragten österreichischen Jugendlichen soll die EU auch künftig eine wichtige Rolle spielen. 58% sprechen sich dafür aus, in Zukunft mehr auf europäischer Ebene zu entscheiden. Die stärksten BefürworterInnen gemeinsamer Beschlüsse finden sich mit 64% wiederum in der Gruppe der jüngsten Befragten (15 Jahre oder jünger). Bei den 16-18-Jährigen liegt der entsprechende Wert bei 59%, bei den 19-Jährigen und Älteren sinkt er auf 52%.<sup>14</sup>

Die ÖGfE-Schulumfragen lassen darüber hinaus erkennen, dass BerufsschülerInnen durchschnittlich EU-skeptischer eingestellt sind als SchülerInnen der Allgemeinen- und Berufsbildenden Höheren Schulen. 78% der befragten AHS-SchülerInnen und 67% der BHS-SchülerInnen sehen die EU-Mitgliedschaft Österreichs als „gute Sache“. Demgegenüber beurteilen lediglich 52% der Berufs- bzw. FachschülerInnen die EU-Mitgliedschaft Österreichs positiv. Als EU-BürgerIn fühlen sich 88% der AHS-SchülerIn-

nen und 84% der BHS-SchülerInnen. Bei den Berufs- und FachschülerInnen gaben nur 74% an, sich als EU-BürgerIn zu fühlen.<sup>15</sup>

### **Wie steht die europäische Jugend zur Europäischen Union?**

Neben unterschiedlichen Eurobarometer-Umfragen ermittelt die EU-weit durchgeführte Studie „What Millenials Think about the Future of the EU and the Euro“ (Bertelsmann Stiftung/Jacques Delors Institut Berlin) die Einstellung der „Millenials“ (14 bis 35 Jahre) zur EU.<sup>16</sup>

Die Gruppe der „Young Millenials“ (14-25 Jahre), von denen noch ca. die Hälfte zur Schule geht, ist der EU und dem Euro gegenüber positiver eingestellt als die Gruppe der „Old Millenials“ (26 bis 35 Jahre), die bereits in den Arbeitsmarkt eingetreten sind. 52% bzw. 55% der „Young Millenials“ finden die EU bzw. den Euro gut. Bei den „Old Millenials“ sind es lediglich 43% bzw. 46%. Damit sind die „Old Millenials“ sogar skeptischer als die ältere Generation, von denen immerhin 46% bzw. 49% die EU bzw. den Euro positiv bewerten.

**„Die jungen Millenials sind auch stärkere BefürworterInnen der EU-Mitgliedschaft ihres jeweiligen Landes.“**

Die jungen Millenials sind auch stärkere BefürworterInnen der EU-Mitgliedschaft ihres jeweiligen Landes. Gäbe es ein Referendum über die EU-

<sup>14</sup> ÖGfE-Jugendumfrage 2016

<sup>15</sup> ÖGfE-Jugendumfrage 2017. Dieser Trend findet sich in den drei anderen ÖGfE-Jugendumfragen ebenfalls wieder.

<sup>16</sup> Auf dem Brinke, Anna/ Gnath, Katharina/ Ständer, Philipp (2016): *What Millenials Think about the Future of the EU and the Euro*. Jacques Delors Institut Berlin, Bertelsmann Stiftung. Die Untersuchung basiert auf einer Meinungsumfrage, die insgesamt 10.992 Personen im Alter von 14 bis 65 Jahren umfasst (Erhebungszeitraum: April 2016). Diese Stichprobe wurde in drei Gruppen unterteilt: Die „Young Millenials“ (14-25 Jahre, n=2.413), von denen noch ca. die Hälfte zur Schule geht, die „Old Millenials“ (26-35 Jahre, n=2.455), von denen die meisten bereits einer Erwerbsarbeit nachgehen und als Vergleichsgruppe die „Older Generation“ (36-65 Jahre, n=6.124).



Mitgliedschaft, würden 63% der „Young Millenials“ in der EU bleiben wollen (21% für EU-Austritt ihres Landes). Bei den „Old Millenials“ sind es 57% (32% wären für einen Austritt).

In der Regel ist ein hoher Wissenstand über die EU mit einer positiven Einstellung gegenüber der europäischen Integration verknüpft. Für die älteren Generationen trifft dies auch zu: Nur 44% der Personen, die eigenen Angaben zufolge sehr wenig über die EU wissen, sprechen sich für einen Verbleib ihres Landes in der Union aus. Unter den Personen, deren Wissenstand über die EU sehr hoch ist, befürworten 69% die EU-Mitgliedschaft ihres Landes.

In der Gruppe der „Young Millenials“ sind ein hoher Wissensstand über die EU und die Befürwortung der europäischen Integration jedoch nicht miteinander verknüpft. Obwohl sie tendenziell weniger über die Union wissen, sind sie stärker pro-europäisch eingestellt als die älteren Generationen. So geben 53% der „Young Millenials“ an, dass ihr Wissen über die EU relativ gering sei. Trotzdem sprechen sich 60% der „Young Millenials“, die wenig über die EU wissen, für einen Verbleib in der EU aus.

Die StudienautorInnen schließen daraus, dass gerade das Unwissen der „Young Millenials“ dazu führe, die EU positiver zu bewerten. Die Mehrheit der bereits berufstätigen „Old Millenials“ sei hingegen häufig desillusioniert von der Union und lehne diese deswegen stärker ab. Die ÖGfE-Jugendumfragen kommen zu einem ähnlichen Ergebnis: SchülerInnen der Berufsschulen, die ja auch bereits Berufserfahrungen sammeln, sind am EU-skeptischsten eingestellt.

Die Hypothese der Bertelsmann/Delors-Studie „Ignorance is bliss“ entspricht also einem der Hauptergebnisse der ÖGfE-Schulumfragen: Jugendliche stehen der EU durchwegs positiv gegenüber und befürworten die EU-Mitgliedschaft Österreichs. Je jünger die Befragten, desto stärker ist ihre pro-europäische Haltung. Ihr Interesse am EU-Geschehen sowie ihr Wissen über die Union sind hingegen be-

grenzt. Die EU wird als kompliziert und fern wahrgenommen.

### **„Diametral entgegengesetzt verhält es sich mit der Wahlbeteiligung.“**

Auch die Wahlanalyse der Abstimmung über den Brexit lässt erkennen, dass die Zustimmung zu Europa mit zunehmendem Alter sinkt. Unter den 18- bis 24-Jährigen votierten 75% für einen Verbleib Großbritanniens in der Union, bei den 25- bis 49-Jährigen waren es 56% und bei den über 65-Jährigen stimmten lediglich 39% dafür.<sup>17</sup> Diametral entgegengesetzt verhält es sich mit der Wahlbeteiligung. Diese lag bei den 18- bis 24-Jährigen bei lediglich 36% und bei den 25- bis 34-Jährigen bei 58%. In der Gruppe der 45- bis 54-Jährigen nahmen 75% am Referendum teil und bei den über 55-Jährigen waren es sogar mehr als 81%.<sup>18</sup>

## **Schlussfolgerungen**

Mehr als zehn Jahre nach der Wahlrechtsreform in Österreich ist das Ziel einer kontinuierlich hohen bzw. steigenden Wahlbeteiligung der Jungen noch nicht erreicht. Die Wahlbeteiligung der Jung- und ErstwählerInnen ist Schwankungen ausgesetzt, die von unterschiedlichen Faktoren abhängen. So ist es in Österreich bei den Nationalratswahlen 2008 zu einem sogenannten „first-time boost“ gekommen, der sich bei den darauffolgenden Nationalratswahlen 2013 dann allerdings nicht mehr wiederholt hat.<sup>19</sup> Der Abfall der Wahlbeteiligung zwischen den Nationalratswahlen 2008 und 2013 ist aller Wahrscheinlichkeit nach darauf zurückzuführen, dass Politik und Medien den ErstwählerInnen bei der zweiten

17) Siehe: <http://orf.at/stories/2346533/2346466/> & <http://www.sueddeutsche.de/politik/brexit-alt-ueberstimmt-jung-1.3049467> (31.01.2018)

18) Siehe: Ebenda

19) Eichhorn, Jan (2017): *Beyond anecdotes on lowering the voting age: New evidence from Scotland*. LSE Blog, <http://blogs.lse.ac.uk/politicsandpolicy/votes-at-16-new-evidence-from-scotland/> (02.02.2018)





bundesweiten Wahl, an der 16-Jährige teilnehmen durften, bereits weniger Aufmerksamkeit schenkten und weniger bemüht waren, dieses Wählersegment zu mobilisieren.<sup>20</sup>

Die Ergebnisse des aktuellen „Flash Eurobarometer European Youth“ lassen jedoch den Beginn eines positiven Trends erahnen. Gleichauf mit Italien liegt Österreich hier an erster Stelle bei der Wahlbeteiligung von jungen WählerInnen (15 bis 30 Jahre). 79% der befragten österreichischen JungwählerInnen gaben an, in den letzten drei Jahren an lokalen, regionalen oder nationalen Wahlen teilgenommen zu haben. Im europäischen Durchschnitt beteiligten sich lediglich 64% der befragten Jugendlichen an Wahlen auf allen politischen Ebenen.<sup>21</sup>

Auch die Zunahme des politischen Interesses der österreichischen Jugendlichen zwischen den Nationalratswahlen 2013 und 2017 könnte als Hinweis auf die Entwicklung eines sogenannten „Wahlhabitus“ bei den österreichischen JungwählerInnen interpretiert werden. Laut einschlägiger Literatur bildet sich dieser durch frühzeitige Einbindung in den politischen Prozess heraus und führt auf lange Sicht zu einer Erhöhung der allgemeinen Wahlbeteiligung.<sup>22</sup>

**„Um diesen Trend weiter zu fördern wäre es notwendig, schulische und außerschulische Begleitmaßnahmen sowie Informationsangebote kontinuierlich anzubieten.“**

Um diesen Trend weiter zu fördern wäre es notwendig, schulische und außerschulische Begleitmaßnahmen sowie Informationsangebote kontinuierlich anzubieten. Dabei sind Bildungseinrichtungen, aber auch politische Entscheidungssträ-

gerInnen und MeinungsmacherInnen, gefragt. Die Politik sollte ihren Fokus auch auf Jung- und ErstwählerInnen richten und eine nachhaltige Strategie zu deren dauerhafter Einbindung in den politischen Prozess entwickeln. Ein wichtiger und bereits seit längerem geforderter Schritt wäre etwa die Einführung von politischer Bildung als eigenes Schulfach in allen Schulformen sowie eine adäquate Aus- und Fortbildung der LehrerInnen.

Da die junge Generation im Schnitt pro-europäischer eingestellt ist als die ältere Generation könnte es letztlich auch für den Zusammenhalt der EU von Vorteil sein, wenn Jugendliche so früh wie möglich in den politischen Prozess eingebunden werden. Die positive Einstellung der Jugendlichen zur EU sollte aber nicht als aus Unwissenheit resultierende Naivität aufgefasst werden, sondern vielmehr als jugendliche Begeisterungsfähigkeit. Daraus lässt sich ein Handlungsauftrag, insbesondere für Bildungseinrichtungen, ableiten: Mittels Europapolitischer Bildung sollten dem fehlenden Wissen über europäische Entwicklungen entgegengewirkt werden. So könnte letztlich aus der intuitiv pro-europäischen Haltung der nächsten Generation eine auf Informiertheit basierende Debatte über die Ausrichtung der europäischen Integration werden.

Dabei spielt allerdings auch die Art der Information eine entscheidende Rolle. Den Jugendlichen sollte ein ehrliches Bild der Union vermittelt werden, mitsamt den Vorteilen und den aktuellen Problemlagen und Herausforderungen. Schließlich geht es darum, die Lust der Jugend an politischer Partizipation im Allgemeinen und am Mitgestalten eines Europas der Zukunft im Besonderen zu wecken und zu fördern.

20) Kritzinger, Sylvia/ Zeglovits, Eva/ Oberluggauer, Patricia (2013): *Wählen mit 16 bei der Nationalratswahl 2013*. Wien

21) Flash Eurobarometer 455 – September 2017 “European Youth” Report (2018). European Commission

22) Kritzinger, Sylvia (2014): *Ready to Vote? Eine Betrachtung der jüngsten Wählerinnen und Wähler in Österreich*. ÖGfE Policy Brief 11'2014.



Österreichische Gesellschaft  
für Europapolitik

## Über die AutorInnen

**Mag. Paul Schmidt** ist Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik.

Kontakt: [paul.schmidt@oegfe.at](mailto:paul.schmidt@oegfe.at)

**Mag.<sup>a</sup> Johanna Edthofer** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Projektmanagerin an der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik.

Kontakt: [johanna.edthofer@oegfe.at](mailto:johanna.edthofer@oegfe.at)

## Über die ÖGfE

Die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) ist ein parteipolitisch unabhängiger Verein auf sozialpartnerschaftlicher Basis. Sie informiert über die europäische Integration und steht für einen offenen Dialog über aktuelle europapolitische Fragen und deren Relevanz für Österreich. Sie verfügt über langjährige Erfahrung im Bezug auf die Förderung einer europäischen Debatte und agiert als Katalysator zur Verbreitung von europapolitischen Informationen.

**ISSN 2305-2635**

### Schlagworte

Wählen ab 16, Politische Bildung, JungwählerInnen, Jugend und EU

### Zitation

Schmidt, P., Edthofer, J. (2018). *Wählen ab 16 in Österreich - ein Erfolgsmodell für ganz Europa?* Wien. ÖGfE Policy Brief, 06'2018

### Impressum

Österreichische Gesellschaft für Europapolitik  
Rotenhausgasse 6/8-9  
A-1090 Wien, Österreich

Generalsekretär: Mag. Paul Schmidt  
Verantwortlich: Christoph Breinschmid, M.A.

Tel.: +43 1 533 4999  
Fax: +43 1 533 4999 – 40  
E-Mail: [policybriefs@oegfe.at](mailto:policybriefs@oegfe.at)  
Web: <http://oegfe.at/policybriefs>